



Ausschuss für Kommunalpolitik

57. Sitzung (öffentlich)

9. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/698 wird ohne Änderungen angenommen.

1 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

8

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Ausschussprotokoll 16/496

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach Aussprache wird der Gesetzentwurf der FDP mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

2 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Ausschussprotokoll 16/504

Der Gesetzentwurf aller Fraktionen wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Piraten einstimmig angenommen.

3 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Ausschussprotokoll 16/475

Der Gesetzentwurf der PIRATEN wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt. – Eine entsprechende Mitteilung geht an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

4 Gesetz über die Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Ausschussprotokoll 16/533

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an. Das Votum wird dem federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mitgeteilt.

- 5 Sachstandsbericht zur FiFo-Arbeitsgruppe bezüglich der Fortentwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 21**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch MDgt Johannes Winkel (MIK) 21
- 6 Aktueller Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket 24**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch RB Dr. Hans Lühmann (MAIS) 24
- Aussprache 28
- 7 Überschuldung von NRW-Kommunen 31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1863
- Aussprache 31
- 8 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern – Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen 32**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4818
- Die FDP-Fraktion beantragt zu diesem Thema ein Experten-
gespräch. Einzelheiten sollen in der Obleuterunde geklärt
werden.

9 Transparenz bei kommunalen Sozialausgaben herstellen – Task Force „Kommunale Sozialkosten“ einrichten **33**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5268

Seitens der antragstellenden Fraktionen wird ein Sachverständigengespräch beantragt. Im Obleutegespräch sollen die Einzelheiten verabredet werden.

10 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene **34**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

Stellungnahme 16/1693 (Kommunale Spitzenverbände)

Mit den Stimmen aller Fraktionen wird eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN beschlossen. Einzelheiten sollen in einem Obleutegespräch verabredet werden.

11 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen **35**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445

– Aussprache **35**

12 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen **36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/541

Der Ausschuss kommt überein, dass er sich an einer Anhörung nachrichtlich beteiligt.

**13 Zweites Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes
des Landes Nordrhein-Westfalen 37**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5412

Der Ausschuss kommt überein, dass man sich an der geplanten Anhörung nachrichtlich beteiligen werde.

14 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

In Verbindung mit:

Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5490

Der Ausschuss kommt überein, sich im Rahmen der Mitberatung der oben genannten Anträge an der gemeinsamen Anhörung des Integrationsausschusses und des Innenausschusses am 18.06.2014 nachrichtlich zu beteiligen.

**15 Moratorium jetzt: Landesregierung muss ihren missglückten Entwurf
einer Novelle des Landesentwicklungsplans sofort zurückziehen! 39**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5487

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP den Antrag der Fraktion der CDU ab. Das Votum wird dem federführenden Wirtschaftsausschuss mitgeteilt.

- 16 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) des Landes Nordrhein-Westfalen (AV SGB XII NRW) vom 16. Dezember 2004 40**

Vorlage 16/1853

Der Ausschuss verzichtet auf eine Aussprache. – Damit gilt die erforderliche Anhörung des Ausschusses als durchgeführt.

- 17 Verschiedenes 41**

Keine Anmerkungen

* * *

4 Gesetz über die Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Ausschussprotokoll 16/533

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, zu dem am 27. März 2014 vom Plenum zur Mitberatung an den AKo überwiesenen Gesetzesentwurf habe man gemeinsam mit dem federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 30. April 2014 Sachverständige angehört.

Aufgrund des engen Beratungsverfahrens erwarte der federführende Ausschuss heute ein Votum des Ausschusses.

Michael Hübner (SPD) trägt vor, aus der Sicht seiner Fraktion und auch der der Kommunen sei das ein zustimmungsfähiges Gesetz. Er wolle nicht noch auf das Protokoll eingehen, sondern nur Zustimmung signalisieren wollen, um das weitere Verfahren in der Frage nicht aufzuhalten, damit die größere Summe den Kommunen auch schnell zur Verfügung gestellt werden könne. Das hätten die Kinder in diesem Land verdient.

André Kuper (CDU) kündigt für seine Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, auf ein Votum zu verzichten.

Olaf Wegner (PIRATEN) schließt sich für seine Fraktion dem Wunsch der CDU an, da es aufgrund der Anhörung noch eine erhebliche Menge an Beratungsbedarf gebe. Insofern finde er es verfrüht, jetzt ein Votum abzugeben.

Mario Krüger (GRÜNE) meint, es gehe nur darum, das aus Sicht der Kommunen zu bewerten. Vor diesem Hintergrund könne der Ausschuss sehr wohl eine Einschätzung abgeben. Wenn noch Klärungsbedarf innerhalb der CDU-Fraktion bestehe und diese sich heute nicht entscheiden wolle, empfehle er Enthaltung.

Ina Scharrenbach (CDU) meint, Herr Kuper habe angeregt, auf das Votum zu verzichten. Gleichwohl könnte man aber ein Votum abgeben. Man habe die Anhörung sehr intensiv an einer Fragestellung, die der Gesetzentwurf offen lasse, genau betrachtet. Es gehe um die Dynamisierung der Kindspauschalen. In dem Gesetz sind die 1,5 % Erhöhung enthalten ab dem Kita-Jahr 2014/15, das müsste aber im Grunde genommen für das gesamte Jahr laufen. Sämtliche Träger, inklusive der Kommunen, hätten durchaus deutlich gemacht, dass es sinnvoll sei, über die Erhöhung der Kindspauschalen nachzudenken, weil die Tarifabschlüsse dauerhaft über dieser Erhöhung des Landes lägen.

In der Anhörung sei auf Nachfrage von Herrn Kuper deutlich geworden, dass unklar sei, ob eine mögliche Erhöhung über die 1,5 % hinaus zu einer Konnexitätspflicht führe oder nicht. Mit dieser Frage beschäftige man sich noch intern. Deshalb gebe es seitens ihrer Fraktion Abstimmungsbedarf. Wenn heute aber ein Votum abgegeben werden solle, damit der federführende Ausschuss den Zeitplan halten könne, müsste ihre Fraktion vor diesem Hintergrund den Gesetzentwurf ablehnen.

Thomas Nückel (FDP) erklärt für seine Fraktion ebenfalls Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die Signale aus den Kommunen hätten deutlich gemacht, dass die versprochenen Mittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Jedwede Entlastung werde durch neue Aufgaben und den unverhältnismäßig hohen Bürokratieaufwand wieder zunichte gemacht. Insofern werde man dagegen stimmen.

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an. Das Votum wird dem federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mitgeteilt.